

Die SPD war immer die deutsche Fortschrittspartei, und sie muss es bleiben.

Das ist sie ihrer Rolle als älteste deutsche Partei schuldig, und den Erwartungen und Hoffnungen ihrer Anhänger heute auch. Fortschritt – unter diesem Begriff verstanden die Sozialdemokraten stets vor allem die soziale und gesellschaftspolitische und erst in zweiter Linie die wissenschaftlich-technische Dimension. Nun sind Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Andrea Nahles zu dem Schluss gekommen, dieses „zuversichtlich-emanzipatorische Verständnis von Fortschritt“ sei „brüchig“ geworden. Ursächlich dafür sei „die Erosion des Sozialen“.

Es ist ganz sicher geboten, dass die Parteien, und vor allem diese Partei, ihre zentralen Begriffe von Zeit zu Zeit daraufhin überprüfen, ob sie noch mit den Realitäten und deren Wahrnehmung in der Bevölkerung übereinstimmen. Der Parteivorsitzende, der Chef der Bundestagsfraktion und die Generalsekretärin sind der Auffassung, diese Kongruenz sei nicht mehr gegeben, es müsse eine „neue Politik für einen neuen Fortschritt“ entwickelt werden. Sie haben die Richtung, in der das geschehen soll, wie folgt angegeben: „Ein neuer Fortschritt misst sich für uns in erster Linie daran, ob es gelingt, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger auf nachhaltiger Grundlage zu verbessern“.

Das ist die Ausgangslage. Dazu ist zunächst anzumerken: Wer die „Erosion des Sozialen“ beklagt, muss sich darauf einrichten, dass ihm vom politischen Gegner, aber auch im eigenen Lager, vor allem in den Gewerkschaften, die Arbeitsmarktreformen vorgehalten werden, die auf den Weg gebracht worden sind, als die SPD regierte. Wenn Deutschland ungerechter geworden ist – können wir Sozialdemokraten wirklich glauben, wir könnten uns aus der Diskussion über die Ursachen heraushalten, könnten Namen wie Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Olaf Scholz und andere aus dieser Diskussion ausblenden? Salopp formuliert: Hartz IV hängt nach der vorherrschenden Wahrnehmung Rot-grün in den Kleidern. Und der „neue Fortschritt“, den die SPD nun zum Ausgangspunkt ihrer programmatischen Überlegungen nehmen will, führt konsequent zu Ende gedacht zu der Aussage: Gute Arbeit für alle, gute Löhne für alle, gute Bildung für alle, Wohlstand für alle, gute Umwelt für alle. Dazu sage ich als Unternehmer und Sozialdemokrat: Das ist ein schweres Gepäck, mit dem eine Partei sich auch übernehmen kann. Wer diesen Kurs einschlägt und sich mit solchen Aussagen auf den Weg macht, der muss sagen, wie dieses Fortschrittsniveau bezahlt werden soll. „Kostenneutral“ ist es jedenfalls nicht zu haben. Und wer auf eine solche Aussage verzichtet, muss sich darauf einrichten, dass ihm unterstellt wird, er wolle wie einst Jochen Steffen 1971 auf dem Bonner SPD-Steuerparteitag „den Mut haben, die Belastbarkeit der Wirtschaft“ zu erproben. Damals sollte durch ein Programm für drastische Steuererhöhungen ein stabiles finanzielles Fundament für die anstehenden gesellschaftspolitischen Reformen geschaffen werden, also für Fortschritt. Anders als heute, war die SPD damals Regierungspartei. Ist es ihr gelungen? Nein, es ist ihr nicht gelungen. Ich glaube nicht, dass eine Wiederholung dieses Experiments heute zielführend wäre. Öffentliche Bekenntnisse prominenter Unternehmer, sie seien bereit, freiwillig mehr Steuern zu zahlen, von Sigmar Gabriel als „Sozialpatriotismus“ gerühmt, werden es nicht zu einer Massenerscheinung bringen, mit der man Steuer- und Finanzpolitik machen kann.

Der Fortschritt, ganz gleich wie man ihn definiert, hat seinen Preis, kostet Geld. Und dieses Geld muss erwirtschaftet werden. Ob uns das gelingt – darüber entscheidet vor allem unsere Bildungspolitik. Dies ist das zentrale Feld, auf dem sich der „emanzipatorische“, der wissenschaftlich-technische und der „neue“ Fortschrittsbegriff zusammenführen lassen. Deutschland ist nur dann zukunfts- und damit fortschrittsfähig, wenn in diesem Land eine neue Dynamik des sozialen Aufstiegs entwickelt wird. Unsere Ressourcen befinden sich in den Köpfen, und dort müssen sie genutzt werden. Dazu zwingt uns nicht nur der demographische Wandel, der schon heute zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften führt. Unsere Zuwanderungs- und unsere Bildungspolitik sind diesen Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Die Väter des Grundgesetzes haben die Bildungspolitik zur Ländersache erklärt. Das mag 1949, als die alte Bundesrepublik aus der Taufe gehoben wurde, sachlich vertretbar gewesen sein. Heute aber, angesichts der stürmischen Entwicklung von Wissenschaft und Forschung weltweit, sind diese Strukturen nicht nur überholt – die Kleinstaaterei im Bildungssektor schädigt das Land. Weil die Bundesländer mit der erforderlichen Neuausrichtung der Bildungspolitik überfordert sind, brauchen wir auf diesem Gebiet die Richtlinienkompetenz des Bundes, die durchaus in der Lage sein könnte, den Ländern Spielraum für regionale Besonderheiten zu lassen. Ich weiß, dass diese Forderung auf den erbitterten Widerstand der Kultusminister, auch der sozialdemokratischen, stoßen wird. Aber die Realitäten und die Notwendigkeiten, die daraus resultieren, sprechen eine klare Sprache. Der deutsche Bildungsdschungel muss weg. Wir brauchen stattdessen einen gesamtgesellschaftlichen Pakt für Exzellenz in der Bildung. Das wird nicht ohne schwierige Debatten abgehen – auch nicht für die SPD, die sich zum Beispiel über ihr künftiges Verhältnis zum Elitebegriff klar werden muss. Auch wird die Partei sich, ebenso wie die Gewerkschaften, ihren derzeitigen Bestand an Tabus genau ansehen müssen – mögen sie

noch so traditionsgeheiligt sein. Mit Denkverboten jedenfalls, das sollte klar sein, ist die Zukunft nicht zu gewinnen. Mit der Forderung nach immer kürzerer Wochenarbeitszeit übrigens auch nicht.

Um zu einem modernen Fortschrittsbegriff zu kommen, hat die SPD Zukunftswerkstätten als Diskussionsforen eingerichtet. Das ist für eine Volkspartei der angemessene Weg. Arbeit, Innovation und Umwelt, Bildung, Demokratie und Freiheit, Familie, Gut und sicher leben, Integration – das sind wichtige Diskussionsfelder, und ich wünsche diesen Werkstätten gute, zukunftsweisende Ergebnisse. Aber das sollte uns nicht den Blick auf ein elementares Problem der Politik nicht nur der SPD verstellen: Wie können wir das, was wir als richtig für unser Land erkannt und beschlossen haben, auch umsetzen? In der Zukunftswerkstatt Bildung zum Beispiel spielt Hannelore Kraft die entscheidende Rolle, die Ministerpräsidentin des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Dort hat die SPD Jahrzehnte hindurch regiert. Ist NRW damit zum Vorzeige-Land sozialdemokratischer Bildungspolitik geworden, mit Beseitigung der Bildungsschranken, vorbildlicher Durchlässigkeit im Bildungswesen und herausragenden Ergebnissen im bundesweiten Vergleich? Oder Hamburg, wo die SPD ein halbes Jahrhundert hindurch die Macht hatte und sie jetzt wieder erobert hat? Sind es die traditionell sozialdemokratisch regierten Bundesländer, die die besten Schulen und Hochschulen haben? Ich erwähne diese Beispiele nur, weil ich meine: Entscheidend ist nicht, was elitäre Zirkel von Intellektuellen, was Expertenrunden und Zukunftswerkstätten an Lösungen erarbeiten, sondern das, was davon die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in ihrer täglichen Lebenswirklichkeit tatsächlich erreicht. Nur das zählt, denn nur das schafft Vertrauen, und zwar vor allem dort, wo Wahlen gewonnen oder verloren werden: In der Mitte der Gesellschaft, im Mittelstand im weitesten Sinne. Wir müssen uns also das Instrumentarium genau ansehen, mit dem die künftige Fortschrittspolitik, wie sie auch immer definiert werden mag, umgesetzt werden soll. Welche konkreten Antworten die SPD auf die Frage nach dem modernen Fortschrittsbegriff auch geben mag – sie müssen daran gemessen werden, wie sie sich auf die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands im globalen Wettbewerb auswirken. Ich kann meiner Partei nur dringend raten, ihren künftigen Fortschrittsbegriff an dieser Prämisse auszurichten und sich nicht auf realitätsferne Thesen einzulassen, die in einem soziologischen Oberseminar Bestand haben mögen, in der harten Wirklichkeit aber nicht. Der weltweite Konkurrenzdruck, in dem unser Land sich behaupten muss, wird härter und schert sich nicht um Gremienbeschlüsse der Parteien. Ob der bisherige sozialdemokratische Fortschrittsbegriff „brüchig“ geworden ist, wie die Parteiführung meint, will ich hier nicht weiter untersuchen. Stattdessen will ich mich auf die Feststellung beschränken: Es ist wahr, wirtschaftliches Wachstum ist nicht alles und darf nicht das allein ausschlaggebende Politikziel sein. Aber wahr ist auch: Ohne Wirtschaftswachstum ist alles nichts. Als traditionelle und künftige Fortschrittspartei wird die SPD nur dann Erfolg haben, wenn sie beiden Aussagen gerecht wird.

Harald Christ

Berlin im September 2011